



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/X/51 - 2.3.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Einweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| H-Bomben Furcht und westdeutsche Aufrüstung | S. 1 |
| Neuer Kurs in Japan | S. 3 |
| Von Hierl zu Grimm | S. 5 |
| Deutsche Einnischung in belgischen Schulkampf | S. 7 |

Tödlicher Wettlauf

A.E. Zwei Tage nach der Verabschiedung der Pariser Verträge, an deren die Mehrheit des Bundestages ihren Willen zur westdeutschen Aufrüstung bekundete, hat der Bundeskanzler vor amerikanischen Journalisten den Ruf nach einer allgemeinen Entspannung der Weltlage durch ein Abkommen über die Wasserstoffbombe erhoben. Gleichzeitig hat er Frankreich beschworen, nun seinerseits die Verträge bald zu unterzeichnen, um mit der Aufrüstung beginnen zu können, damit die Welt sehe, dass die Verträge nicht nur aus Papier bestünden. Am gleichen Tage verkündete der britische Premier, dass, etwas verknüpft gesagt, der einzige Schutz vor dem Kriege in der Möglichkeit bestünde, sich gegenseitig auszulöschen. Um nicht auf selbständige Diplomatie und Machtstellung verzichten zu müssen, ist nun auch Großbritannien zur Produktion von Wasserstoffbomben übergegangen, jener schrecklichen, alles vernichtenden Waffe, von denen allein 20 genügen würden, Großbritannien als zivilisierte Gesellschaft zum Verschwinden zu bringen. Die Welt befindet sich, mit England als drittem Beteiligten, in einem atomaren Wettrennen auf Leben und Tod, und die einzige Hoffnung, die Menschheit vor Chaos und Vernichtung zu bewahren, ist die gegenseitige Furcht.

Der Zwang zu Verhandlungen unter den Weltmächten ist also bei Strafe des eigenen Untergangs unentrinnbar. Die Existenz atomarer Zerstörungswaffen allein bildet jedoch weder die Ursache der Spannung

noch vergrößert sie sie. Ein Abkommen über die Begrenzung und Nichtanwendung von A- und H-Waffen in einem künftigen Kriege kann wohl den Spannungsgrad zwischen West und Ost vielleicht lindern, aber nicht beseitigen. Die Erhaltung des Weltfriedens und die Befreiung von der lähmenden Weltangst im Atomzeitalter hängen von der Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens ab, von dem Abbau der Rüstungen, auch der sogenannten konventionellen Waffen und vor allem von der Regelung der ausstehenden politischen Fragen. Ein Abkommen über die Atomwaffen kann nicht am Beginn stehen, es kann nur die Frucht einer vorangegangenen allgemeinen internationalen Entspannung sein.

Nun gibt die geplante westdeutsche Aufrüstung und die damit verbundene Eingliederung des militärischen Potentials der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem dem weltumspannenden politischen Konflikt zwischen West und Ost neuen Explosionsstoff, ja, sie macht eine universale Abrüstung wahrscheinlich unmöglich. Sie steigert das Mißtrauen zwischen den Weltmächten, sie gibt der Sowjetunion und ihren Satelliten den vielleicht willkommenen Vorwand, die Weltabrüstung überhaupt zu sabotieren, sie schafft im Herzen Europas einen ständigen Unruheherd, der Amerikaner und Russen zwingen wird, sich stets auf deutschem Boden in das Weiße ihrer Augen zu sehen.

Es war Bonn, das sich der Aufstellung von Atomartillerie auf deutschem Boden nicht widersetzte, es war Bonn, das den Drängen nach Divisionen den Vorrang vor Verhandlungen mit der vierten Besatzungsmacht gab. Dem Appell des Bundeskanzlers an die Sowjetunion und die USA fehlt deshalb die innere Überzeugungskraft, er hätte vor der Verabschiedung der Pariser Verträge an diese Mächte gerichtet werden müssen. Die westdeutsche Aufrüstung, die für den Kanzler nicht früh genug begonnen werden kann, blockiert den Weg zu einer allgemeinen Entspannung und sie vollendet den tödlichen Ablauf des atomaren Wettrüstens. So mangelt seinem Mahnruf die innere Logik, denn er vernag der Widerspruch nicht zu verdecken, der darin besteht, dass am Beginn eines universalen und immer lauter sich gebenden Verlangens nach Weltabrüstung die Bewaffnung Westdeutschlands stehen soll.

Am Beispiel Japans

-utz, Tokio

Als im Dezember 1954 die Demokratische Partei unter Hatoyama gegründet wurde und dann mit Unterstützung der Sozialisten den Sturz des Kabinetts Joschida herbeiführte, ging es im wesentlichen um die Zukunft der japanischen Außenpolitik. Zur Debatte stand, ob Japan dem wachsenden Druck der USA nachgeben werde, um sich in ein fernöstliches Verteidigungssystem eingliedern zu lassen oder nicht. Sowohl die neugegründete Demokratische Partei als auch die Sozialisten widersetzten sich dieser amerikanischen Politik mit der Begründung, dass es zehn Jahre nach Beendigung des Krieges an der Zeit sei, eine unabhängige japanische Außenpolitik zu betreiben. Im Gegensatz zur Bonner Regierungskoalition waren diese Parteien der Meinung, dass bei aller Verbundenheit des japanischen Volkes mit den Grundsätzen der Demokratie und der Freiheit, wirtschaftliche und politische Gründe auch eine Normalisierung des Verhältnisses zum Osten gebieten.

Die jetzt stattgefundenen Wahlen haben überzeugend bestätigt, wie groß die Resonanz im japanischen Volk für eine unabhängige Politik ist, die versucht, ein freundschaftliches Verhältnis zu den West- und Ostmächten zu gestalten. Dieses Ziel mußte selbstverständlich die Einbeziehung in ein einseitiges Militärbündnis ausschließen. Dazu gab die japanische Verfassung einen starken Rückhalt, die das Aufstellen einer Armee ausdrücklich untersagt. Abgesehen davon, dass die Spaltung Deutschlands keine vollkommene Parallele zulässt, haben die japanischen Wähler erkannt, dass die Sicherung des Friedens in ihrem Teil der Welt nicht einfach gleichzusetzen ist mit der Aufstellung von Divisionen. Darin liegt die besondere Bedeutung der japanischen Wahlen, der die Partei Hatoyamas einen enormen Stimmenzuwachs brachte, bei gleichzeitiger Niederlage seines Vorgängers Joschida.

Die Forderung nach guten Beziehungen auch zum Osten, insbesondere zur Volkrepublik China, half mit dazu, den Kommunisten weitestgehend den Boden zu entziehen. Entgegen vielen düsteren Prognosen.

2.3.1955

Besonders von westlicher Seite, wie groß die Gefahr der kommunistischen Infiltration sei, gelang es den Kommunisten nur zwei Mandate zu erringen. Damit bewahrheitet sich wieder die Tatsache, dass die Kommunisten überall dort zur Impotenz verurteilt sind, wo es starke sozialistische Kräfte gibt, die auf dem Boden der Demokratie stehen und energisch die Interessen der Arbeiterschaft vertreten.

Die tragische Spaltung der Sozialisten in zwei Parteien hat sicherlich mit dazu beigetragen, ihnen nicht noch mehr Stimmen zukommen zu lassen. Trotzdem ist ihr Wahlerfolg insgesamt beachtlich. Ihre Bedeutung wird erhöht durch die seit einigen Monaten geführten Verhandlungen über eine Wiedervereinigung der beiden Parteien, die im Prinzip von beiden Richtungen schon beschlossen worden ist. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Verschmelzung in kurzer Zeit stattfinden wird. Dadurch würden die Sozialisten nicht nur zur zweitstärksten Partei, sondern auch zu einem politischen Faktor werden, der eine Verfassungsänderung, die nur mit zweidrittel Mehrheit möglich ist, verhindern kann. Während die Rechtssozialisten ihren Stand hielten, haben die Linksozialisten 17 Mandate gewonnen. Dies dürfte bei den Wiedervereinigungsbestrebungen noch zu einigen Konflikten Anlass geben, da es eine starke Minderheit in dieser Partei gibt, die glaubt, mit der Zeit die Rechtssozialisten an sich ziehen zu können.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Hatoyama, wie in den vergangenen drei Monaten, eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten vorzieht, und die Liberale Partei in der Opposition lässt. Ob die Sozialisten in die Regierung gehen werden oder nicht - sicher ist, dass der "neue Kurs" in Japan den Bemühungen anderer asiatischer Staaten einen Auftrieb geben wird, die gleichermassen interessiert daran sind, die Blockbildung der Großmächte zu überwinden und zu einer wirklich internationalen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens zu kommen.

Zunehmende Ausbreitung von Nazi-"Schrifttum"

H.P. Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die "Sozialistische Reichspartei" im Jahre 1952 haben die rechtseradikalen Parteien im Bundesgebiet weitgehend an Boden verloren. Es täuscht sich jedoch, wer etwa glaubt, sie hätten ihren Rang zur Politik überhaupt aufgegeben. Seit höchste NS-Größen aller Parteigliederungen und Ämter innerhalb von demokratischen Parteien - der Regierungskoalition - unangefochten hohe Funktionen einnehmen können, sind ihnen bequemere und vor allem auch gesellschaftlich angenehmere Wege mit erwarteten besseren Erfolgen geebnet. Den Neonazisten aber, denen aus den verschiedensten Gründen dieser Weg nicht offen steht, scheuen heute die Röntgenstrahlen der politischen Öffentlichkeit, sie ziehen es vor, ihre Motive zu tarnen.

In der Tonart des "Stürmer"

Das gilt auch für das nach unserer Überzeugung weit gefährlichere Gebiet der NS-Buch- und Zeitschriftenproduktion, das einen geradezu bedenklichen Umfang angenommen hat. Man wage es nur, etwa das Organ der "entrechteten Nachkriegsgeschädigten", "Die Anklage", ein Naziblatt zu nennen als was es seiner Haltung nach fraglos erscheint. Der Bundestagsabgeordnete Kalbitzer, der das tat, wurde in schnoddrigem Ton abgekanzelt: "Wir sind kein Naziblatt...., merken Sie sich das sehr gut! Die in Coburg erscheinende "Nation Europa", vom Institut für Zeitgeschichte in seiner Bibliographie in der Rubrik "Neonazismus" eingereiht, protestierte gegen diese Rubrizierung. Ihr Herausgeber verlangte eine Antwort auf die Frage: "Was verstehen Sie unter Neonazismus?" Nun, hätte er sich nur das Januar-Heft seiner Zeitschrift genauer angesehen, insbesondere den Artikel "BHE-neonazistisch?", seine Frage hätte sich wohl erübrigt. Man verwahrt sich gegen den Vorwurf des Neonazismus und befleissigt sich gleichzeitig wieder eines Tones, der bedenklich an das "Schwarze Korps" oder den "Stürmer" der unseligen Zeit des Hitlerismus erinnert.

Aufmerksamkeit erfordert auch, was gegenwärtig auf dem Büchermarkt vorgeht. Bot schon die Frankfurter Buchmesse vom Herbst 1954

ein erschreckend buntes Bild von Buchständen mit eindeutiger Naziliteratur, so nimmt deren Umfang weiterhin ständig zu. Man zählt bereits mehr als 20 Verlage, deren Produktionsprogramm fast ausschließlich aus Memoiren ehemaliger Nazi-Größen, Kriegsliteratur oder positiven Abhandlungen über den Nationalsozialismus besteht. Ein Blick auf die Prospekte mit den Ankündigungen von Neuerscheinungen beseitigt etwa noch vorhandene Zweifel. Da ist z.B. von Konstantin Hierl "Im Dienst für Deutschland" mit der Anpreisung: "Das Buch kann man einfach gelesen haben... unser Hierl... der Fuß beschreitet wieder festen Boden, nachdem man so lange durch Morast waten mußte." Nicht geringere Lobpreisung findet das Buch von Grimm: "Warum, woher, aber wohin?" mit dem Untertitel "Vor, unter und nach der geschichtlichen Erscheinung Hitler", das als "befreiende Tat" hervorgehoben und seines "positiven und bejahenden" Inhalts wegen gelobt wird. Einer Fülle ähnlicher Produkte fließen ständig noch neue hinzu.

Gefahr für die Demokratie

Zu welcher Gefahr die neonazistische Infiltration durch das geschilderte Wort bereits angewachsen ist, wurde der Öffentlichkeit bisher überhaupt nicht recht bewußt. Im wesentlichen liegt das daran, dass der größte Teil dieser Bücher nicht auf dem normalen Wege über den Buchhandel, sondern über private Buchvertriebe abgesetzt wird. Von unterrichteter Seite wurden erst kürzlich mehr als drei Dutzend davon gezählt. Wie es selbstverständlich geworden ist, dass Zeitschriften der bereits genannten Art den Buchbezug vermitteln oder selbst in die Hand nehmen, so befassen sich auch sämtliche Splitterparteien der radikalen Rechten sowie eine Anzahl in diesem Lager bekannter Persönlichkeiten mit dieser Aufgabe und verbinden mit dem politischen Zweck gleich ein anscheinend ausgezeichnet gehendes Geschäft. Schon der Name dieser "Firmen" ("Nationale Bücherquelle", "Buch und Schwert", "Nationaler Bücherdienst", "Das Reich im Buch" usw.) lässt den politischen Hintergrund erkennen.

Durch die wachsende Flut von Naziliteratur entsteht für eine gesicherte demokratische Entwicklung in Deutschland eine Gefahr, die unabweisbar ist. Dieser Entwicklung Beachtung zu schenken und sich

mit ihr zu befassen, erscheint daher im Interesse der inneren Festigung der Demokratie z.B. hinsichtlich der NS-literarischen Einwirkung auf den Bundes-Grenzschutz viel wichtiger als die Schmutz- und Schund-Schmüffelei jener Bundesprüfstelle in Köln.

* * *

Schlecht bekommen

sp - Der katholische Bischof von Aachen, Dr. Fohlschnoider, hat es für nötig gehalten, in einem an das belgische Episkopat gerichteten Schreiben in den Schulkampf einzugreifen, den die Christlichsozialen gegen die Schulreform der sozialistisch-liberalen Regierung entfesselt haben. Der politische Katholizismus in Belgien, der bisher ein Monopol im belgischen Erziehungswesen besaß, ging am letzten Sonntag zum Generalangriff über. Geplant sind die Mobilisierung der Straße, Schulstreiks, ein Marsch auf Brüssel, das Nichterscheinen von Christlichsozialen auf Veranstaltungen, in denen Regierungsmitglieder sprechen und der Boykott von Schulsparkassen. Der christlichsoziale Parteivorsitzende hat angekündigt, die Regierung vor der internationalen öffentlichen Meinung anzuklagen... Anscheinend ist Belgien als Probestfall für die Durchsetzung der Machtansprüche des politischen Katholizismus ausersehen worden.

In dem Brief des Bischofs von Aachen heißt es u.a.:

"Offenbar verschließt ein verblendeter Liberalismus sich der Erkenntnis, dass der innere Friede eines Volkes ohne wirkliche Toleranz unmöglich ist und dass nicht staatlicher Totalitarismus, sondern die Freiheit die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung besten kulturellen Lebens ist."

Diese offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Nachbarlandes blieb nicht unbeantwortet. Die flämische sozialistische Presse, die über die Archive der kollaboratistischen Zeitungen aus der Kriegszeit verfügt, hat, wie die "Neue Zürcher Zeitung" zu berichten weiß, Bilder deutscher Bischöfe veröffentlicht, die den Hitlergruß ausführen! Eine recht peinliche Erinnerung, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Wer im Glashauss sitzt, soll eben nicht mit Steinen werfen. * * *